

Newsletter Nummer 1/2024: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 5. März 2024

Verfahrenslotse

Kreisrätin **Claudia Stauffer** lobte für die Freien Wähler die neu eingestellte Verfahrenlotsin Viktoria Sprez für ihren Vortrag über ihre im September 2023 begonnene Tätigkeit.

Mit dem Inkrafttreten des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes im Juni 2021 wurden die gesetzlichen Weichen zur inklusiven Jugendhilfe gelegt. Die inklusive Jugendhilfe, d.h. die Gesamtzuständigkeit der Jugendhilfe für alle jungen Menschen mit und ohne Behinderung, soll ab August 2028 verwirklicht werden.

Auf dem Weg zur inklusiven Jugendhilfe sind die Jugendhilfeträger seit Anfang dieses Jahres, Verfahrenslotsen bereitzustellen.

Frau Sprez berichtete über ihre Aufgaben, die die Begleitung und Unterstützung von Antragstellenden bei der Erlangung bedarfsgerechter Hilfen sowie die organisatorische Begleitung und Unterstützung von Jugendhilfeträger und die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Leistungen an junge Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen und mit seelischen Behinderungen beinhaltet.

Auf Frage von Claudia Stauffer gab Frau Sprez an, dass sie Public Management an der Hochschule Kehl studiert hat.

Ihre Tätigkeit als Verfahrenslotsin fülle sich sukzessive an durch Vermittlung innerhalb des Landratsamts und im Rahmen von Vorstellungsrunden bei karitativen Verbänden. Sie plane, ihre halbjährlich abzuhaltenden Berichte auch dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis zu geben.



Vollzeitpflege: Erhöhung des Pflegegelds

Der KVJS empfiehlt für das Jahr 2024 die Pauschalbeträge hinsichtlich der Kosten für den Sachaufwand und der Kosten für die Pflege und Erziehung in den Altersstufen

- von 0 bis unter 6 Jahren von 951 € auf 1.151 €
- von 6 bis unter 12 Jahren von 1.095 € auf 1.284 €
- von 12 bis unter 18 Jahren von 1.231 € auf 1.445 €

zu erhöhen.



Dem stimmte **Kreisrat Tobias Rehorst** für die Fraktion der Freien Wähler gerne zu.

Zwar habe ihn der deutliche Anstieg überrascht, er lasse sich aber anhand der Begründungen des KVJS und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. gut nachvollziehen - letztlich seien es die deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten, die sich hier widerspiegeln und die nicht die Pflegeeltern alleine schultern sollen, denen man zu großem Dank verpflichtet sei.

Man wisse, dass die stationäre Unterbringung durch den Kreis bei fehlenden Pflegeeltern ein Vielfaches mehr kosten würde und dass ein Aufwachsen in funktionierenden Familienverhältnissen letztlich einen eigenen, quasi unbezahlbaren Wert darstellen.

Förderungen im Bereich Jugend im Jahr 2024

Der Jugendhilfeausschuss beschloss mit sämtlichen Stimmen der Fraktion der Freien Wähler die Verwendung und Auszahlung der im Haushalt 2024 berücksichtigten Förderungen im Bereich Jugend für das Jahr mit einem Volumen von 5,718 Millionen €. Auf den Stellenplan ergeben sich keine Auswirkungen.

Die Förderungen richten sich nach einer fachlichen Konzeption, die vom Kreis auf Grundlage der Leitsätze für integrierte Sozialplanung und dem Förderkonzept für den sozialen Bereich erarbeitet und im Jugendhilfeausschuss verabschiedet worden ist und einen einheitlichen Ansatz der Personalkosten mit festen Zuschüssen und auch bei den Sachkosten feste Pauschalen als Zuschüsse gewährleisten.

Im Jahr 2024 werden die Zuschüsse für die Personalkosten deutlich höher angesetzt, aber auch die Zuschüsse für die Sachkosten der verschiedenen Verbände, angefangen vom Kreisjugendring über den Internationalen Bund Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit, ferner für die Qualifizierungskurse von Kindertagespflegepersonal seitens Pari Kinderwelten Heilbronn, InFamilia e.V., VHS Bad. Bergstraße und für den Ausbau der Frühen Hilfen seitens des Diakonischen Werks.

Die mit Abstand größten Brocken bilden die Förderung der Schulsozialarbeit mit 2,4 Millionen €, die Förderung der Jugendberufshelfer und Jugendberufshelferinnen an den beruflichen Schulen mit 288.000 € und die Förderung Erziehungsberatungsstellen im Rhein-Neckar-Kreis mit 2,2 Millionen €.

Kreisrätin Claudia Stauffer wies auf die Notwendigkeit der Fortschreibung der Kosten wegen der tariflichen Entwicklung der Personalkosten und Inflationsauswirkung bei den Sachkosten hin.

Auf ihre Frage erläuterte das Jugendamt, dass bei den Schulsozialarbeitern und Jugendberufshelfern 2025 ein neuer Ansatz ermittelt werde und mit weiter steigenden Personalkosten zu rechnen sei.

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am 12. März 2024

Wirtschaftsförderung, Klimaschutz, öffentlicher Nahverkehr und Kreisstraßen – auf der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft des Rhein-Neckar-Kreises stand ein interessanter Themenmix.

Eingangs stellte die Leiterin der Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Dorothee Wagner, den Ergebnisbericht 2023 vor.

Dieser kann [hier](#) eingesehen werden.

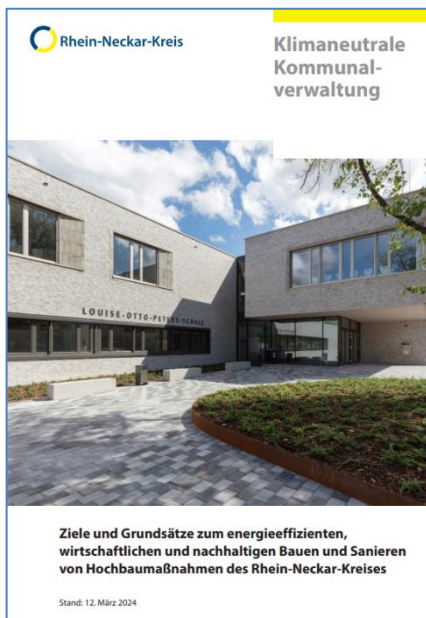
Der Ausschuss empfahl die Fortführung der Ausrichtung sowie die anstehende Überarbeitung der Wirtschaftsförderungsstrategie.



Anschließend stimmte der Ausschuss der Beschaffung eines Gerätewagens-Gefahrgut (GW-G) für das Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz mit Kosten von 866.000 € zu.

Die Kreisverwaltung wurde ermächtigt, das Fahrzeug auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Klimaschutz: Kreiseigene Gebäude



Danach befasste sich der Ausschuss mit dem Klimaschutz, genauer mit dem Ziel einer klimaneutralen Kreisverwaltung.

Eines der strategischen Ziele des Landkreises lautet bekanntlich, dass der Gebäudebestand des Konzerns Rhein-Neckar-Kreis bis 2035 weitgehend klimaneutral ist.

Das Gremium nahm Kenntnis sowohl vom Ergebnisbericht über die Sanierungsfahrpläne der kreiseigenen Gebäude als auch vom Kurzbericht über die aktuellen Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebereich.

Zudem stimmte es den Zielen und Grundsätzen zum energieeffizienten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauen sowie Sanieren von Hochbaumaßnahmen des Rhein-Neckar-Kreises zu.

Die oben erwähnten Berichte können [hier](#) im Detail nachgelesen werden.

Förderung der Regio-Buslinie Sinsheim – Walldorf

Im Anschluss stand der Öffentliche Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis im Fokus. Konkret wurde der Bericht zur Regio-Buslinie Sinsheim – Walldorf zur Kenntnis genommen.

Mit Auslaufen des ersten Förderzeitraums stand nun die erneute Beantragung der Fördermittel für die Fortführung der Regio-Buslinie ab dem 15. Dezember 2024 an.

Kreisrat Günther Rauchmann führte für die Freien Wähler aus, dass die Regio-Buslinie 899 von Sinsheim nach Mosbach sowie die Linie 799 von Sinsheim nach Walldorf gezeigt hätten, dass sie notwendig und wichtig sind.

Sie hätten den Vorteil schneller ans Ziel zu kommen, da ein Umsteigen entfällt. Auch fahren die Busse jetzt von Sinsheim nach Walldorf im Ein-Stundentakt und vor allem in den Abendstunden bis 23:30 Uhr.

Er stimmte der Ausweitung des Angebots auf einen Halbstundentakt während der beruflichen Hauptverkehrszeit und der Fortführung der Regio-Buslinie wurde für weitere fünf Jahre zu.

Von den anfallenden Kosten übernimmt das Land die Hälfte.



Kreisstraßen

Zum Schluss der Sitzung beschäftigten sich die Kreisrätinnen und Kreisräte noch mit den Kreisstraßen.

Zum einen wurde die Schlussabrechnung zur Aufweitung der Autobahnunterführung BAB 6/K 4170 bei Dielheim in Höhe von knapp 1,9 Millionen € anerkannt.

Zum anderen erteilte das Gremium die Baufreigabe zur Hangsicherung im Zuge der K 4101 zwischen Neckargemünd - Dilsberg und Neckargemünd - Mückenloch. Die Umsetzung der rund eine Million teuren Baumaßnahme ist ab dem Spätjahr 2024 vorgesehen.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>